

**Beschlüsse des
43. Landesparteitages
der CDU Berlin**

13. Oktober 2018

„Digitales Berlin“

Die Digitalisierung ist ein bestimmendes Thema unserer Zeit. Sie ist ein gesellschaftlicher Veränderungsprozess, der auf alle gesellschaftlichen Felder einwirkt. Digitalisierung verändert die Art und Weise, wie wir unser Leben leben, im privaten und im beruflichen. Sie wirkt auf die Art und Weise ein, wie wir miteinander kommunizieren und wie wir arbeiten.

Unser Berufsleben wird vom Einsatz moderner Technologien bestimmt. Dies kann unmittelbar durch den Umgang mit Hochtechnologie oder im Hintergrund durch die Planung und Strukturierung unseres Arbeitstages geschehen. Im privaten Leben kommen wir jeden Tag mit der Digitalisierung in Berührung, sei es durch unser Smartphone, am PC, oder dem High-Tech-Fernseher.

Die Bundesregierung hat einen Digitalrat einberufen und im Kanzleramt ist eine Abteilung eingerichtet worden, die „für eine Bündelung und Koordinierung der mit Digitalisierung verbundenen Fragen“ steht. Die Schwerpunkte bei diesen Programmen und neuen Institutionen liegen in der strategischen Betrachtung der Zukunft der Arbeit, dem Umgang mit Künstlicher Intelligenz – einem mächtigen Tool aus dem Werkzeugkasten der Informatik – und dem gesellschaftlichen Nutzen aber auch den Gefahren, die aus der Digitalisierung resultieren.

Unsere Stadt Berlin strahlt eine ungeheure Attraktivität auf Startups aus. Ein bedeutender Teil der Unternehmer ist auf dem Gebiet der Digitalisierung unterwegs. Dies gilt auch für große Teile der Berliner Kreativwirtschaft. Auch in anderen Bereichen ist unsere Stadt ein Leuchtturm für die Zukunftsfelder unserer Gesellschaft. So zieht die *re:publica* seit 2007 einen großen Teil der Menschen an, die sich in der Netzpolitik engagieren. Berlin ist Sitz einiger bedeutender wissenschaftlicher Institutionen, die moderne Techniken als ihren Forschungsschwerpunkt setzen – so zum Beispiel das Fraunhofer Heinrich-Hertz-Institut, das Fraunhofer Institut für Offene Datenkommunikation, das Fraunhofer Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik, das Max-Planck-Institut für molekulare Genetik oder das Max-Planck-Institut für Infektionsbiologie sowie unsere drei Universitäten Freie Universität, Technische Universität und Humboldt Universität. Die Aufzählung ist nicht abschließend, sondern dient lediglich als Beispiel. Besondere Aufmerksamkeit genießt unsere Stadt auch im nächsten Jahr, wenn 2019 der internationale UN-Multistakeholder-Prozess für die Regulierung des Internet (Internet Governance Forum) erstmalig auf Einladung der Bundesregierung hier in Berlin tagt.

Auch die CDU Berlin ist sich der Bedeutung des gesellschaftlichen Veränderungsprozesses der Digitalisierung bewusst und will deswegen dem Bereich der Digitalisierung zukünftig wesentlich mehr politische Aufmerksamkeit entgegenbringen. Ziel soll die Förderung des gesellschaftlichen Nutzens aus der Digitalisierung sein. Die Vorteile für die Gesellschaft sollen vielen zugutekommen und nicht nur den Nutzen einiger weniger mehren. Gleichzeitig gilt es auch, mögliche Gefahren und negative Entwicklung zu erkennen und geeignete politische Lösungen zu entwickeln.

Wir wollen unterstreichen, dass die CDU Berlin den Anspruch einer großen bürgerlichen Volkspartei hat, gesellschaftliche Veränderungen zu erkennen und diese politisch zu begleiten. Die CDU Berlin ist in der Gegenwart verankert und gestaltet aktiv die Zukunft unserer Hauptstadt.

1. Digitale Präambel

Die CDU Berlin versteht die Digitalisierung als Treiber fundamentaler gesellschaftsverändernder Prozesse. Sie beeinflusst die Art und Weise wie wir miteinander kommunizieren, wie wir arbeiten, wie wir uns informieren, wie wir lernen, wie wir leben.

Wir von der CDU Berlin begegnen diesen Veränderungen aufgeschlossen, positiv und konstruktiv. Die Digitalisierung birgt das Potenzial eines Lebens in größerer Freiheit und größerem Wohlstand. Die Digitalisierung ist ein Schlüssel, zu einem Leben in größerer persönlicher Erfüllung, mehr Stabilität und mehr Wohlstand.

Von der Digitalisierung können aber auch große Risiken ausgehen. Ihre Mechanismen machen es möglich, dass sich Gefahren sehr schnell potenzieren und in sehr kurzer Zeit negative Auswirkungen auf große Teile der Gesellschaft haben können. Dies gilt für falsche Informationen genauso, wie für Bedrohung des Cyber-Raumes, die sich unmittelbar im öffentlichen Raum manifestieren können – beispielsweise ein Angriff auf die Stromversorgung.

Die CDU Berlin will deswegen die Digitalisierung zukünftig noch stärker politisch begleiten, damit sie möglichst vielen zugutekommt und nicht nur den Nutzen einiger Weniger mehrt oder gar von einzelnen zur Destabilisierung unserer Gesellschaft missbraucht wird.

Bei der politischen Begleitung der Digitalisierung stehen Transparenz und Teilhabe im Vordergrund. Die für Laien vielfach komplexen Vorgänge sollen auch einem Nichtfachpublikum verständlich nähergebracht werden, so dass möglichst Viele sich ein eigenes Bild machen und eine damit einhergehende politische Einordnung vornehmen können. Nur so werden Ängste genommen, ein sachlicher Umgang mit den neuen technischen Erfindungen ermöglicht und deren Potenziale erkannt und erschlossen.

2. Einrichtung einer Enquete-Kommission Digital

Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand mit der Einrichtung einer Enquete-Kommission (oder „Digitaler Beirat“) für die Erstellung und spätere Umsetzung einer politischen Digitalisierungs-Agenda. Der bereits bestehende Arbeitskreis Digitalisierung des KV Steglitz-Zehlendorf, der von Dr. Matthias Gronholz moderiert wird, nimmt sich der organisatorischen Vorbereitung der Enquete-Kommission an und bereitet einen entsprechenden Vorschlag für eine der nächsten Landesvorstandssitzungen vor. Die Enquete-Kommission wird möglichst aus Personen mit Vorerfahrung aus dem Digitalisierungsbereich besetzt. Die Enquete-Kommission wird durch die Landesgeschäftsstelle unterstützt.

Die Hauptaufgaben werden sein:

- Die Evaluierung des Digitalisierungspotenzials für die Hauptstadt.
- Die Erarbeitung eines Vorschlags einer Digitalisierungs-Agenda der CDU Berlin.
- Die Beratung der unterschiedlichen Landesfachgruppen, die von der Digitalisierung betroffen sind.

Die noch zu liefernden Ansätze werden große, zukunftsweisende Ansätze für unsere Hauptstadt sein, die spürbare und messbare Fortschritte in den jeweiligen Politikfeldern erzeugen werden.

Eine wichtige zusätzliche Aufgabe wird die Sensibilisierung der CDU Berlin für die Digitalisierung sein. Hierzu werden Veranstaltungen in den Kreisverbänden durchgeführt, in denen den Mitgliedern der Einsatz moderner Digitalisierungsinstrumente in der öffentlichen Verwaltung und im Bereich der inneren Sicherheit nähergebracht wird.

Ziel ist ein eigenes aussagekräftiges, zukunftsweisendes und attraktives Programm zur Nutzung der Digitalisierungsvorteile für die Wahl 2021.

Nachfolgend werden zunächst programmatische Prüfungsaufträge für insgesamt vier Politikfelder formuliert, derer sich die Enquete-Kommission annimmt:

2.1 Digitalisierung und Verwaltung

Die Digitalisierung bietet die Möglichkeit, einen sehr großen Teil der öffentlichen Verwaltung effizienter zu gestalten und im Zuge eines Transformationsprozesses Verwaltungsprozesse zu überdenken und möglicherweise gänzlich neu zu gestalten.

Ein großer Teil der Verwaltungsdienstleistungen lässt sich so digitalisieren, dass er bequem online und vor allem sofort durch die Bürgerinnen und Bürger initiiert werden kann. Estland ist hier Vorreiter. Lediglich ganz wenige Handlungen sind in dem baltischen Staat nicht von der Digitalisierung erfasst. Dazu zählen Eheschließungen und -scheidungen, sowie Immobilienkäufe- und -verkäufe. Alle anderen Leistungen sind schnell von daheim zu erledigen oder zumindest so anzustoßen, dass Verwaltungsdienstleistungen, wie Personalausweise, Reisepässe oder Kfz-Scheine nur noch in der Verwaltung abgeholt werden müssen.

In unserer Hauptstadt ist die Effizienz der öffentlichen Verwaltung für viele Bürger ein Ärgernis. Dabei liegt dies nicht an den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, vielfach sind die Büros und auch die zur Anwendung kommenden Verfahren nicht mehr zeitgemäß. Eine behutsame aber dennoch konsequente Umstrukturierung hin zu digitalen Verfahren wird nicht nur unsere Verwaltung schneller machen, sondern auch ein echter zukünftiger wirtschaftlicher Standortvorteil sein. Außerdem spart das Land Berlin hier Ressourcen ein, die woanders besser eingesetzt werden können. Estland mit seiner Population von 1,3 Millionen Einwohnern spart durch die Digitalisierung jährliche 800 Jahre Verwaltungsarbeit ein.

Wir wollen einen großen Teil unserer Verwaltung und ihrer Leistungen in die Digitalisierung überführen. Bei der Transformation traditioneller Verwaltungsprozesse orientieren wir uns daran, was den Bürgerinnen und Bürgern nutzt. Dabei wird Verwaltungshandeln stets auch grundsätzlich hinterfragt und in Einzelfällen durchaus grundsätzlich neu ausgerichtet werden. Nach der digitalen Transformation laufen die Prozesse viel schneller und vor allem effizienter. Die CDU hat in ihrer Regierungszeit mit der Verabschiedung des E-Government Gesetzes eine wichtige Grundlage für diesen Prozess beschlossen.

Für die wichtige Ansiedlung neuer Unternehmer ist eine effizient arbeitende Verwaltung ein enormer Standortfaktor. Gleiches gilt für bereits ansässige Unternehmen. Wie stark die Attraktivität durch eine effiziente Bürokratie gesteigert werden kann, zeigt wiederum das Beispiel Estlands: eine Vielzahl von Unternehmerinnen und Unternehmern, die ihren Sitz in einem anderen EU-Mitgliedsland haben, haben dennoch ihre geschäftliche Tätigkeit in Estland angemeldet. Sie können dort auch ihre Steuern zahlen. Estland rechnet damit, dass für jeden investierten Euro in die digitalisierte Verwaltung rund 100 Euro durch Neuansiedlung – auch digitaler – zurückkommen. Singapur und Japan haben vor geraumer Zeit bereits Delegationen in den baltischen Staat geschickt, um zu sehen, wie viel des estnischen Programms auf ihre Länder übertragen werden kann. Auch wir wollen uns diesen zukunftsweisenden Verfahren nicht länger verschließen und deswegen schauen, wie wir die Verwaltung unserer schönen Stadt für die Zukunft fit machen können.

Die Enquete-Kommission Digitalisierung wird eruieren, wie ein Transformationsprozess in der öffentlichen Verwaltung unserer Hauptstadt umzusetzen wäre. Dies gilt zunächst der Identifizierung eines geeigneten Bereichs, von dem bei entsprechendem Erfolg auf andere Gebiete der Verwaltung übertragen werden kann.

Gleichzeitig wird überprüft, ob die Lösung mit einem ITDZ-(IT-Dienstleistungszentrum) in seiner jetzigen Ausgestaltung zielführend ist und ob das ITDZ hierfür gut genug aufgestellt ist. Die Enquete-Kommission holt für ihre Analyse auch Expertise aus bereits erfolgreich digitalisierten Städten und Staaten ein. Es wird überprüft werden, inwiefern die dortigen Vorgehensweisen auf Berlin übertragen werden können. Die Ergebnisse werden zum nächsten Landesparteitag präsentiert und dann als Grundlage für das weitere politische Vorgehen herangezogen werden.

Ziel ist eine moderne an heutige Gegebenheiten angepasste öffentliche Verwaltung, die schnell und qualitativ gut arbeitet und auch der Hauptstadt des wirtschaftlich stärksten Landes der Europäischen Union würdig ist.

2.2 Digitalisierung und öffentliche Sicherheit

Die Schaffung und Erhaltung innerer Sicherheit ist eine Kernkompetenz der CDU. Die Union will Berlin nicht nur sicherer machen, sondern bei der Sicherheitspolitik auch zum Vorbild für andere Großstädte werden lassen. Der Einsatz moderner Instrumente der Digitalisierung wird dabei behilflich sein. Dies sind zum einen moderne Führungs- und Informationssysteme, die die Beamtinnen und Beamten noch vor Erreichen des Einsatzortes mit relevanten Daten versorgen, damit der Einsatz sicherer, erfolgreicher und effizienter durchgeführt werden kann. Zum anderen soll der Einsatz von Prognosesoftware geprüft werden. Diese Programme arbeiten mit Künstlicher Intelligenz, die in einem bestimmten Grad Delikte hinsichtlich des Ortes und der Zeit voraussagen können. Diese Software kommt in anderen Ländern und auch in anderen Bundesländern zum Einsatz. Sicherlich stehen solche Prognoselösungen erst am Anfang, sollten aber dennoch in der Entwicklung weiter unterstützt werden. Die CDU Berlin will solche zukunftssträchtigen Instrumente unterstützen und in Berlin mittels Pilotprojekten zur Anwendung bringen.

Die Umsetzung soll zunächst nur auf einen bestimmten Bezirk und bestimmte Delikte getestet werden. Dabei stützen wir uns auf bereits gemachte Erfahrungen im nationalen und internationalen Raum.

Weitere wichtige Instrumente werden moderne Polizeiführungs- und -informationssysteme sein. Smartphones mit spezieller Software versorgen die Polizistinnen und Polizisten nicht nur mit wertvollen Informationen zu Einsätzen, sie ermöglichen es auch, biometrische Daten wie Fingerabdrücke gleich vor Ort einzusehen und abzugleichen.

Sollte das Pilotprojekt erfolgreich verlaufen, wird es auf weitere Bezirke ausgeweitet. Gleichzeitig wird die Einsatzkräfteführung diesen modernen Systemen angepasst. Am Ende stehen eine hochmoderne Einsatzleitung und ebenso ausgerüstete Polizistinnen und Polizisten. Gerade beim Personal sollen diese ihren Kolleginnen und Kollegen aus den süddeutschen Bundesländern, weder bei der Ausrüstung noch bei der Bezahlung, in nichts nachstehen.

Die CDU Berlin wird sich auch für die Erhöhung der Cybersicherheit stark machen. Infrastrukturnetze als wichtige Voraussetzung für unseren wirtschaftlichen Wohlstand, wie u.a. Strom und Wasser, müssen besser und wirkungsvoller vor Manipulation von außen geschützt werden.

Die Enquete Kommission Digitalisierung überprüft, wie mittels Instrumente der Digitalisierung die Innere Sicherheit Berlins verbessert werden kann. Die Cybersecurity wird Bestandteil dieses Konzeptes.

2.3 Digitalisierung und Bildung

Wissen ist totes Wissen, wenn es nicht angewendet werden kann. Wissen einfacher und für noch mehr Menschen schnell verfügbar zu machen, darin liegt ein enormes Potential der Digitalisierung.

Wir als CDU streben beste Bildungschancen und Zugang zur Bildung für Jederfrau und Jedermann an. Wir sind davon überzeugt, dass unser Land die beste Bildung braucht – Bildung für unsere Kinder, Erwachsenenbildung und berufliche Fort- und Weiterbildung. Bildung schafft Kompetenz, mit Bildung wird Wissen generiert und Wissen angewendet, Bildung schützt vor Demagogie und Populismus, Bildung stärkt die Fähigkeit, sich vom Vorurteil zur Urteilsfähigkeit entwickeln zu können, Bildung ermöglicht die Übernahme von Eigen- und Fremdverantwortung.

Dabei können uns digitale Bildungsangebote unterstützen und die traditionelle Wissensvermittlung in den Schulen und Hochschulen verbessern, zum Beispiel in Form von Onlinekursen. Doch gerade im Bereich der Grundschulen und in den Sekundärstufen I und II wird auch weiterhin aus pädagogischen Gründen der Präsenzunterricht Vorrang haben müssen. Lehre ist seit Menschengedenken die persönlich begleitende und motivierende Heranführung an das Lernen, an den Erwerb von Wissen und Fähigkeiten. Maschinen können auf absehbare Zeit diese individuelle Motivationsleistung von Menschen nicht ersetzen. Aber trotzdem können durch den Einsatz digitaler Medien in Form, z.B. durch interaktive Lernhilfen, bestehende Lehr- und Lernformen ergänzt werden und die Qualität des Unterrichts nennenswert angehoben werden.

Die Vernetzung macht es Lernenden möglich, Kommunikation mit anderen gleichermaßen interessierten aber bis dato zeitlich oder örtlich unerreichbaren Menschen zu führen und dadurch deren Horizonte und Erfahrungen kennenzulernen. Wo Ideen und Projekte mangels Austauschraum bislang zur Verkümmern von individueller Klasse geführt haben, können diese Systeme den für Diskurs und Experiment nötigen Resonanzraum schaffen.

Dazu sind sowohl Mittel für eine entsprechende Ausstattung der Schulen einzuplanen als auch die Lehrerinnen und Lehrer durch geeignete Fortbildungsmaßnahmen in der Anwendung entsprechender Lehr- und Lernprogramme zu schulen. Voraussetzung hierfür ist auch beim Lehrpersonal ein breites Wissen auf dem Feld der Digitalisierung. Wir sehen, dass die Kompetenz bei der Wissensvermittlung durch die Lehrerinnen und Lehrer ganz entscheidend ist. Konkret bedeutet dies, dass Schulen nicht zu aller erst mit Tablets oder mit Smart-Tafeln – also mit Werkzeugen – ausgerüstet werden, sondern dass die Lehrer und Lehrerinnen vor allem für die Wissensvermittlung fit gemacht werden. Ziel ist es, dass am Ende dieses Lernprozesses eine digitale Mündigkeit und eine digitale Kompetenz sowohl auf Lehrerseite als auch bei den Schülern besteht. Dies ist auch wichtig, um zum einen für das Berufsleben fit gemacht zu werden und zum anderen, um Alltagssituationen besser meistern zu können.

Wir werden auch darauf hinarbeiten, dass zur Vermittlung des Wissens ausreichende und vor allem funktionierende IT-Technik in den Bildungseinrichtungen vorhanden ist.

Wir streben an, dass Schulen – und auf einem anderen Lernniveau auch Hochschulen – die Lernenden in allen Lehrformen dazu anregen, sich nicht nur die technischen Fertigkeiten zu erarbeiten, sondern ebenfalls zu einer digitalen Mündigkeit auszubilden. So wie Quellenkritik klassischer Medien Bestandteil des Lehrplanes ist, möchten wir auch den kritischen und selbstbewussten Umgang mit digitalen Medien wie Social-Media und Webseiten bzw. Smartphone-Apps entwickeln. Das Land soll hierzu die entsprechenden Strukturen und Programme zur Verfügung stellen.

Es geht uns darum, unsere lernenden Kinder und Jugendlichen zu aufgeschlossenen und mutigen Mediennutzern zu heranzubilden. Sie sollen das Rüstzeug an die Hand bekommen, die an sie herangetragen «Wahrheiten» hinterfragen zu können, sich ein eigenes Urteil bilden zu können. Wir als CDU halten es für sehr wichtig, dass Schülerinnen und Schüler vom frühestmöglichen Zeitpunkt an eine

bessere Einschätzung der Authentizität von Informationen innerhalb sozialer Netzwerke vornehmen können und die wirtschaftlichen Modelle, die hinter diesen Netzwerken stehen, erkennen können.

Wir möchten, dass die Schülerinnen und Schüler eine Unterscheidung zwischen „klassischem“ Informatik-Unterricht und Unterricht zu „digitalem Handwerkszeug“ erfahren. Es geht uns darum, dass digitale Kompetenz, das Begreifen von neuen Geschäftsmodellen durch Plattform-Anbieter auf der einen Seite sehr viel mehr Informationen und Begreifen erfordert, als es das reine technische Verständnis mit sich bringt, das im Informatikunterricht vermittelt wird.

Nichtsdestoweniger ist der technische Unterricht genauso notwendig, um zu verstehen, wie Algorithmen funktionieren und welche grundsätzlichen Prinzipien hinter basalen Funktionen wie einer Suchanfrage stehen. Das ist wichtig, um z.B. die Qualität des Suchergebnisses einschätzen zu können, also zu verstehen, wie das Filtern und die Gewichtung von Relevanz funktionieren.

Über diese Fähigkeiten verfügen zu können, bedeutet, die Sicherung eines Grundpfeilers unseres innergesellschaftlichen Friedens zu gewährleisten.

Teil unserer digitalen Bildungsoffensive und damit einhergehenden Aktualisierung der Rahmenlehrpläne und Ausbau der Schulen und Hochschulen zu modernen Bildungs-Agenturen ist es auch, die berufliche Bildung verbessern. Wir denken, dass kluge und hochmotivierte Auszubildende die besten Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Die Bundesregierung strebt in der laufenden Legislatur bereits mit einem Berufsbildungspakt an, die berufliche Bildung zu modernisieren und attraktiver machen und in diesem Zusammenhang auch den beruflichen Aufstieg durch „Aufstiegs-BAföG“ zu fördern.

Diesen weiteren Baustein sehen wir als Bundesland Berlin in der Anpassung unseres dualen Bildungssystems an die neuen Herausforderungen ebenso: Gerade in den Berufsschulen muss der Umgang mit hochaktuellen Techniken einen breiteren Raum einnehmen. Diese Fähigkeiten werden künftig unser Arbeiten zentral bestimmen und müssen als Kernkompetenzen auch in kleineren Firmen vorhanden sein, ganz unabhängig vom jeweiligen Schwerpunkt in der Ausbildung. Als Land möchten wir auch an den Fach- und Berufsschulen die Fähigkeiten eines kritischen Medieumgangs erschließen und analog zu den Schulen und Hochschulen die Möglichkeiten des Rahmenlehrplans ausweiten, um durch den Einsatz digitaler Angebote und das Schulangebot für digitale Bildung - im umfassenden Sinne wie oben beschrieben - zu etablieren. Digitale Bildung und digitale Kompetenz sind nicht auf einzelne Schulformen begrenzt, sondern Teil jeglicher Bildung für alle Lebenswege.

2.4 Digitalisierung und Forschung

Wir von der CDU Berlin wollen, dass unsere Hauptstadt noch stärker Forschungsschwerpunkt von Zukunftstechnologien wird.

Ein Hauptaugenmerk liegt dabei auf den mathematisch, naturwissenschaftlichen und ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen. Deutschland bezieht seine wirtschaftliche Stärke und damit auch einen großen Teil seiner politischen Unabhängigkeit aus einem technischen Vorsprung im harten internationalen Wettbewerb. Die Produkte deutscher Ingenieurskunst stehen weltweit für höchste Qualität. Wir wollen diese Position im harten internationalen Wettbewerb auch für die Zukunft sichern. Berlin kommt dabei eine besondere Rolle zu. Unsere Stadt ist bereits jetzt Heimat vieler bedeutender Forschungsstätten. Dazu gehört beispielsweise neben dem Fraunhofer Heinrich-Hertz-Institut, das Fraunhofer Institut für Offene Datenkommunikation, das Fraunhofer Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik, das Max-Planck-Institut für molekulare Genetik oder das Max-Planck-Institut für Infektionsbiologie, sowie unsere drei Universitäten Freie Universität, Technische Universität und Humboldt Universität. In unmittelbarer Nähe zu unserer Hauptstadt ist das Hasso-Plattner-Institut in Potsdam ansässig, das seinen Schwerpunkt im weitesten Sinne bei der

Informationstechnologie hat. Neben den Hochschulen und den Instituten gehören hierzu auch das Naturkunde Museum und der Botanische Garten. Die Aufzählung ist nicht abschließend, sondern dient lediglich als Beispiel. Wir wollen das weiter verstärken.

Gerade die modernen Instrumente der Digitalisierung, an erster Stelle die Tools der künstlichen Intelligenz, machen derzeit Forschungsvorhaben realistisch, die noch vor wenigen Jahren unmöglich waren. Dies hat sich auch die Bundesregierung zu eigen gemacht und gerade dem Bereich der künstlichen Intelligenz eine besondere Bedeutung eingeräumt. Wir von der CDU Berlin wollen dies noch stärker fördern und ganz konkret interdisziplinäre Forschungs- und Lehrmöglichkeiten weiter fördern. Bei den naturwissenschaftlichen Fächern wollen wir auch den Bereich Health-Care und Life-Science stärken.

Bestehende Forschungseinrichtungen wollen wir bei der Einführung von Digitalisierungstechniken und der Einführung smarter Systeme behilflich sein. Dies gilt konkret für die Digitalisierung der botanischen Sammlung des Botanischen Gartens.

Ein weiteres Projekt wird der Einsatz smarter Technologie in der Rettungsstelle der Charité sein. Die Digitalisierung ermöglicht auch in der Gesundheitsversorgung, bessere Betreuung, schnellere Diagnosen, moderne Verfahren bei der Erkennung und Heilung von Krankheiten. Mit dem geplanten Neubau der Rettungsstelle am Campus Benjamin Franklin der Charité, erhält Berlin eine der modernsten Rettungsstellen Deutschlands, die in der Gesundheitsversorgung und Forschung auch mit Hilfe der Digitalisierung neue Möglichkeiten der Patientenbetreuung eröffnet. Telemedizin ist da nur eines der zahlreichen Anwendungsgebiete. Hier soll durch Einsatz moderner Diagnosesysteme die Auswahl der erfolgreichsten Therapie optimiert werden.

Die Enquete-Kommission Digitalisierung eruiert, inwieweit mit dem Bund eine Verstärkung des Forschungsstandortes Berlin bei neuen Technologien möglich ist. Ein möglicher Schwerpunkt wird das Thema Künstliche Intelligenz sein. Wir werden als CDU Berlin insbesondere prüfen, welche interdisziplinären Felder sich für diesen speziellen Bereich der Informatik eignen.

2.5 Weitere Digitalisierungsfelder

Die für geeigneten Politikfelder sind nicht abschließend aufgezählt. Weitere Projektstudien könnten beispielsweise auch noch für die Bereiche Verkehr und Medien durchgeführt werden, die zu gegebener Zeit in die Formulierung von politischen Programmen münden.

Zusammenfassung:

Wir wollen:

- Den gesellschaftlichen Nutzen der Digitalisierung fördern.
- Ängste nehmen.
- Einen sachlichen Umgang mit den neuen technischen Erfindungen ermöglichen.
- Digitalisierungspotenziale erkennen und erschließen.

Einrichtung einer Enquete-Kommission Digitalisierung / Digitaler Beirat
mit der Aufgabe:

- Die CDU Berlin für Potenziale – aber auch Gefahren der Digitalisierung – sensibilisieren.
- Digitalisierungspotenziale evaluieren.

- Politische Digitalisierungs-Agenda erarbeiten, von der Digitalisierung betroffene Landesfachgruppen unterstützen.

Ziel: Aussagekräftiges, zukunftsweisendes und attraktives Programm zur Nutzung der Digitalisierungsvorteile für die Wahl 2021.

4 Politikfelder mit konkretem Untersuchungsauftrag:

Aus der Vielzahl möglicher Politikfelder wird zunächst auf solche abgestellt, bei denen ein direkter Erfolg für die Menschen in Berlin – im Bereich Forschung für die Außensicht auf unsere Stadt – unmittelbar erkennbar sein wird.

1. Verwaltung

- Öffentliche Verwaltung effizienter machen.
- Verwaltungsleistungen online erbringen.
- Best-Practice-Beispiele analysieren und ggf. übernehmen.

2. Innere Sicherheit

- Hochmoderne Einsatzleitung und Ausrüstung der Polizistinnen und Polizisten aufbauen.
- Moderne Führungs- und Informationssysteme einrichten.
- Smartphones mit spezieller Software einsetzen, um biometrische Daten wie z.B. Fingerabdrücke vor Ort abzugleichen.
- Prognosesoftware zur Berechnung von Deliktsschwerpunkten einsetzen.
- Cybersicherheit erhöhen.
- Infrastrukturnetzwerke (wie Strom und Wasserversorgung) vor Manipulation von außen effektiv schützen.

3. Bildung

- Beste Bildungschancen für jeden Menschen in Berlin umsetzen.
- (Verpflichtende) Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer einrichten, um kritischen Medienumgang der Ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schüler zu fördern.
- Rahmenlehrpläne um zielgerichtete digitale Bildung erweitern.
- Unterstützung durch digitale Bildungsangebote nutzen.
- Berufliche Bildung verbessern: Mehr „Raum“ für Digitales in Berufsschulen.

4. Forschung

- Forschungsstandort Berlin bei Zukunftstechnologien wie bspw. „Life-Science“ verstärken.
- Interdisziplinärer Forschung und Lehre fördern.
- Forschung, insbesondere zu künstlicher Intelligenz, besser unterstützen Antrag „Digitales Berlin“

Verlängerung der U6 bis nach Lichtenrade

Die CDU Berlin fordert eine Verlängerung der U6 bis nach Lichtenrade im Verlauf der B96.

Begründung:

Keine wachsende Großstadt erlaubt es sich, seine U-Bahn nicht auszubauen und setzt stattdessen wie Rot-Rot-Grün auf die langsamere Straßenbahn, die noch dazu in Konflikt mit anderen Verkehrsteilnehmern wie Auto- und Fahrradfahrern gerät. Ein sinnvoller Grund, warum die U6 bereits in Alt-Mariendorf endet und nicht an der Stadtgrenze, ist nicht erkennbar. Im Gegenteil: Eine stark wachsende Stadt wie Berlin braucht leistungsfähige Verbindungen in alle Stadtgebiete. Die B96 ist bereits heute eine vielbefahrene Straße und auch das Umsteigen in den Bus verkompliziert für viele Pendler ihre Reise. Lange wurde das Wachstum Berlins in der Verkehrspolitik verkannt, jetzt ist es Zeit, endlich zu handeln. 10,5 Millionen Wege und Fahrten werden in Berlin pro Tag absolviert. Dafür muss die Infrastruktur bereitgestellt werden, die einer modernen Großstadt würdig.

Bessere Anbindung des unmittelbaren Umlands: S-Bahn-Verlängerung und -ausbau prüfen

Nicht zuletzt, um den Wohnungsmarkt und den Straßenverkehr in Berlin zu entschärfen, braucht die wachsende Stadt eine deutlich bessere Anbindung an ihr Umland. Wir fordern deshalb, an *allen* S-Bahn-Strecken die folgenden drei Dinge zügig zu prüfen und dann schnell anzugehen:

1. Verlängerung der S-Bahn-Linien ins Umland (z. B. nach Stahnsdorf, Rangsdorf oder über Falkensee hinaus)
2. zweigleisiger Ausbau auch außerhalb der Berliner Stadtgrenze, um so Taktzeiten erhöhen zu können
3. neben der Stammbahn Prüfung der Wiederinbetriebnahme weiterer stillgelegter S-Bahn-Strecken (z. B. Friedhofsbahn, Siemensbahn).

Begründung:

Vielfach wurden Entscheidungen nach der Wende basierend auf der Annahme eines Bevölkerungsrückgangs in Berlin getroffen. Seit beinahe 20 Jahren ist aber nun klar, dass diese Annahme falsch war und Berlin in Zukunft immer weiter wachsen wird. Schätzungen zufolge könnten bis 2050 fast zwei Drittel der Weltbevölkerung in Städten leben und Berlin wird dabei keine Ausnahme bleiben. Da selbst bei erhöhter Bautätigkeit, die ebenfalls dringend nötig ist, der kurz-, mittel- und langfristige Bedarf an Wohnraum nicht vollständig gedeckt werden können, liegt die Lösung in einer verbesserten Vernetzung mit dem Umland und den Randbezirken. Deshalb fordern wir eine Prüfung der oben genannten Ausbauspekte auch dort, wo dies bereits einmal geschehen ist, da sich die Rahmenbedingungen in den letzten Jahren verschärft haben. Idealerweise sollen verbesserte Verkehrsanbindungen geschaffen werden *bevor* sich die Menschen aus Mangel an Alternativen verstärkt an den entsprechenden Orten anzusiedeln beginnen. Eine kluge Verkehrspolitik muss Bevölkerungs- und Verkehrsaufkommensentwicklungen antizipieren anstatt ihnen hinterherzulaufen.

CDU frauen- und familienfreundlicher gestalten - Anteil der weiblichen Mitglieder deutlich erhöhen

Die CDU Berlin hat bislang einen Anteil weiblicher Mitglieder von 32 Prozent. Damit wird deutlich, dass sich die gesellschaftlichen Realitäten, also der Anteil von Männern und Frauen in der Gesellschaft, bei den Mitgliedern der CDU Berlin bislang nicht zufriedenstellend widerspiegeln.

Ziel muss es sein, dass sich in Ämtern und Mandaten die Zusammensetzung der Gesellschaft widerspiegelt. Hierfür ist der bisher unterdurchschnittliche Anteil der Frauen in der Mitgliedschaft der CDU zu steigern.

Für viele Frauen ist es – gerade wenn ihr politisches Engagement erst nach Einstieg in den Beruf und der Gründung einer Familie erfolgt – oftmals gar nicht machbar, zusätzlich noch politische Aktivitäten mit ihrem sonstigen Leben zu vereinbaren. Das ehrenamtliche oder gar berufliche Engagement in der CDU muss auch für interessierte, engagierte Frauen machbar und mit Kindern und Familie vereinbar sein. Das Wissen, die Erfahrungen und die Sichtweisen gerade von Frauen, die Beruf und Familie bereits vereinbaren, würden die CDU erheblich bereichern. Auch in der Lebensphase mit kleinen und auch größeren Kindern muss es Frauen möglich sein, sich familienverträglich einzubringen. Daher stellt sich die Frage, welche Parameter eine höhere Beteiligung von Frauen in der aktiven Mitgliedschaft fördern würden.

Der Landesverband der CDU Berlin bekennt sich zu den folgenden Grundsätzen und bietet seinen Kreisverbänden und Vereinigungen an, hier im Rahmen einer Selbstverpflichtung ebenfalls ein deutliches Bekenntnis abzulegen:

Politikfreier Sonntag

An Sonntagen finden keinerlei Veranstaltungen statt, es sei denn, es geht um ein gerade an das konkrete Datum anknüpfendes Gedenken.

Familienfreundliche Veranstaltungen

Am Wochenende sollen in der Regel nur familienfreundliche Veranstaltungen stattfinden, es sei denn, es ist mit dem Anlass der Veranstaltung nicht vereinbar. Bei sämtlichen mitgliederoffenen Veranstaltungen soll die CDU eine geeignete und qualifizierte Kinderbetreuung anbieten.

Effiziente Sitzungsleitung

Die Vorsitzenden von Gremien achten auf eine effiziente Sitzungsleitung. Es wird grundsätzlich unter Angabe eines Endzeitpunktes eingeladen. Bei Terminierungen wird auf Belange von Parteimitgliedern mit Kindern besondere Rücksicht genommen. Diskussionsveranstaltungen sollen die Dauer von 2 Stunden nicht überschreiten.

Rücksichtsvoller Umgang

Als politischer Wettbewerber nimmt die CDU Rücksicht auf Mitglieder, deren Kind gerade zur Welt gekommen ist. Familiäre Gründe, Termine nicht wahrzunehmen, wiegen ebenso schwer wie anderweitige berufliche oder politische Verpflichtungen und werden ebenso akzeptiert.

Politische Teilhabe

Die CDU bietet ihren Mitgliedern, insbesondere Frauen, auch unterhalb der Landesebene eine Mitwirkung an inhaltlichen Foren/Arbeitskreise an, die keinesfalls auf Dauer angelegt sein müssen, sondern sich auch an aktuellen politischen Problemen orientieren können. Dies bedeutet, dass sich

Mitglieder mit bestimmten Interessenschwerpunkten auch ohne eine Verpflichtung für mindestens 2 Jahre dennoch aktiv einbringen können. Hierfür stellt die CDU – sofern erforderlich – die Infrastruktur zur Verfügung.

Aufgabenteilung

Es wird geprüft, ob zumindest auf Ebene der Vereinigungen und Ortsverbände politische Aufgaben auch „in Teilzeit“, also mit einem weiteren CDU-Mitglied, übernommen werden können. Dabei verpflichten sich beide Sharing-Partner, sich bei der Wahrnehmung von Terminen abzustimmen.

Junge Frauen

Die Schülerunion und Junge Union sollen bei jungen Frauen das Interesse für politische Arbeit wecken. Hierfür sind gezielt Veranstaltungsformate zu entwickeln.

Spitzenkandidatur bis Sommer 2019 per Mitgliederentscheid klären – geschlossen hinter unserem Spitzenkandidaten für 2021!

Der Landesvorstand der CDU Berlin wird aufgefordert, bis zum nächsten Landesparteitag einen Verfahrensvorschlag zur Nominierung der Spitzenkandidatin bzw. des Spitzenkandidaten der CDU Berlin für die nächsten Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus zu entwickeln. Das Nominierungsverfahren soll eine breite Mitgliederbeteiligung sowie eine frühzeitige Entscheidung sicherstellen, um die politische Öffentlichkeitsarbeit und Kampagne des Landesverbandes möglichst früh auf die Spitzenkandidatin oder den Spitzenkandidaten ausrichten zu können und auf diese Weise die positive Wahrnehmung der CDU Berlin in der Öffentlichkeit zu verstärken.

CDU im nächsten Senat nur mit dem Bildungsressort!

Die CDU Berlin wird eine mögliche Senatsbeteiligung in der kommenden Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses davon abhängig machen, dass sie künftig den Senator für Bildung stellt und damit die Verantwortung für dieses Zukunftsressort übernimmt. Die SPD trägt seit 1996 die Verantwortung für die Bildungspolitik und damit die Bildungsmisere in unserer Stadt. Mindestens ebenso lange lässt sie sich immer neue Reformen einfallen und verkauft diese in erschreckender Regelmäßigkeit als innovative Ideen. Wiederkehrende Strukturdebatten und -veränderungen führen immer wieder unter enormen Einsatz von Haushaltsmitteln zu Stagnation und Rückschritt statt zu Fortschritt. Große Probleme, die einer Lösung bedurften, wurden andererseits jahrelang ignoriert. Das hatte zur Folge, dass unsere Schulen überfüllt und marode, zahlreiche Lehrerstellen unbesetzt sind. „Richtig“ ausgebildete Lehrer sind an Berlins Schulen bald in der Unterzahl. Digitalisierung findet überall statt, nur nicht im Klassenraum.

Wir sind in Deutschland bildungsqualitatives Schlusslicht; das muss sich ändern! Bildungspolitik ist seit jeher eine der Kernkompetenzen der CDU, gerade auch in Berlin. Viele Berlinerinnen und Berliner wünschen sich seit langem einen Kurswechsel in der Schulpolitik. Wir müssen daher bereits vor der nächsten Wahl klarmachen, dass wir bereit sind, auch hier Verantwortung und die Federführung zu übernehmen.

Klare Absage an Extremisten – Keine Zusammenarbeit der CDU mit Linkspartei und AfD

Die Diskussion über mögliche Koalitionen der CDU mit der Linkspartei verfolgen wir mit Befremden. Gerade hier in Berlin sind die Folgen der gewaltsamen deutschen Teilung noch vielerorts sehr spürbar, die Generationen unserer Eltern und Großeltern haben vielfach entweder im ehemaligen Ostteil der Stadt unter der SED-Diktatur gelitten oder im Westteil zumindest unter der Teilung unserer Stadt.

Vor diesem Hintergrund ist die Vorstellung geradezu absurd, die CDU als die Partei der Deutschen Einheit könnte Koalitionen mit der SED-Fortsetzungspartei, der Partei von Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl, eingehen. Davon abgesehen, kann es eine solche Koalition auch schon mangels inhaltlicher Schnittmengen gar nicht geben. Die Linkspartei ist eine erklärtermaßen sozialistische Partei, ihrer gesamten Ideologie liegt ein vollkommen anderes Menschenbild zugrunde, als das der Christlich-Demokratischen Union. Die CDU steht für Demokratie und Grundgesetz, die Linkspartei strebt ein anderes Staatssystem an.

Daher muss es eine Selbstverständlichkeit sein, dass die Union auch und gerade in Berlin eine Koalition mit der Linkspartei unmissverständlich ausschließt.

Ebenso gilt dies für die AfD, hinsichtlich der sich die Koalitionsfrage aus unserer Sicht genauso wenig stellt. Eine Partei, die es nicht schafft oder schaffen will, sich klar und glaubhaft von Fremdenhass, Rassismus, Antisemitismus und sonstigen rechtsextremen Strömungen abzugrenzen, kann für die CDU noch nicht einmal Gesprächspartner sein!

Gemeinsames Kreisparteigericht

Gemäß § 21 Absatz 3 der Landessatzung der CDU Berlin wird für die Kreisverbände Treptow-Köpenick und Wuhletal ein gemeinsames Kreisparteigericht errichtet.